

VCI-Position

Klimaclubs

Die von der Europäischen Kommission im Rahmen des „Fit for 55“-Paketes vorgeschlagenen Maßnahmen unterstreichen den Willen der EU, Vorreiter im weltweiten Klimaschutz zu bleiben. Das hohe Ambitionsniveau geht Hand-in-Hand einher mit erhöhten Carbon Leakage-Risiken – auch für die chemische Industrie. Das Paket erhöht die Ambition in der EU, enthält aber keine Flankierung, um durch forcierten internationalen Klimaschutz Carbon Leakage zu verhindern.

Globale Herausforderung Klimaschutz

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Alleingänge einzelner, auch größer globaler Akteure, helfen nur, wenn sie Nachahmer anreizen, zu folgen. Klimaschutz zum Preis der De-Industrialisierung wird keine Vorbildfunktion haben. Daher ist ein level playing field für die Industrie wichtig. Auch weil die nötigen Innovationen und Investitionen nur durch eine leistungsfähige Wirtschaft mit leistungsfähigen Unternehmen Wirklichkeit werden. Carbon Leakage in andere Regionen untergräbt die Erfolgsaussichten der Transformation. Zudem hat die Transformation nur dann eine Erfolgsperspektive, wenn alle mitmachen. Innovationen werden im richtigen Mix aus gemeinsamem Wettbewerb und internationalen Kooperationen schneller und günstiger realisiert.

EU setzt unilateral auf Grenzausgleich

Die Europäische Kommission hat am 14. Juli ihren Ansatz zur Vermeidung von Carbon Leakage vorgestellt: Grenzausgleichsmaßnahmen zum Klimaschutz (CBAM) in Form eines „als ob“-ETS-Zertifikatesystems. Sie hat damit als erster Wirtschaftsraum einen konkreten CBAM-Vorschlag entwickelt. Sein Design zielt auf den Schutz einzelner energieintensiver Produkte auf dem EU-Binnenmarkt sowie eine Reduzierung der CO₂-Last der Importe ab. Die EU will mit dem CBAM Druck auf Partner in der Klimadiplomatie ausüben, Einnahmen generieren und Carbon Leakage begegnen. Kostenlose Zuteilungen im Rahmen des EU-Emissionshandels sollen mit Einführung des Grenzausgleichs bei den betroffenen Produkten beschleunigt auslaufen, wodurch die Produktionskosten für diese Produkte weiter erhöht werden.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist mit wenigen Produkten direkt, aber in größerem Umfang indirekt betroffen. Sie betrachtet den Vorschlag der EU mit Sorge, da die Nachteile und Risiken des CBAM-Vorschlags die Vorteile überwiegen könnten. Die Sorgen rühren u.a. daher, dass gerade ein auf dem ETS aufbauender CBAM-Ansatz nur Teile der Industrie zu Lasten anderer, nachgelagerter Bereiche schützt, WTO-rechtskonforme Erstattungen für Exporte erschwert und handelspolitische Konflikte zu Lasten der Exportnation Deutschland drohen.

Was ist ein Klimacub – von der abstrakten Idee zum Projekt

Die Grundidee eines Klimaclubs ist, dass sich im Klimaschutz vergleichbar ambitionierte Staaten zusammenschließen, um plurilateral innerhalb einer Gemeinschaft mit vergleichbaren CO₂-Preisen weiter freien Handel ohne die Notwendigkeit zu einem Carbon Leakage Schutz zu ermöglichen. An der Außengrenze des Klimaclubs kann ein Grenzausgleich eingeführt werden.

Dadurch sollen wachstums- und transformationsschädliche Barrieren innerhalb des Clubs vermieden und außenstehende Staaten zum Beitritt und zu vergleichbaren Klimaschutzambitionen animiert werden.

Voraussetzungen für einen erfolgreichen Klimaclub sind u.a. eine ausreichende Club-Größe und vergleichbare Ambitionsniveaus und CO₂-Preise (oder Kosten für die industriellen Akteure). Es bedarf zudem Mechanismen zur Bestimmung von Äquivalenz von Anstrengungen zwischen den Club-Mitgliedern sowie Ausgleichsmechanismen an der Außengrenze andererseits.

Ursprünglich sollte der Club primär auf umfassende Ansätze der CO₂-Bepreisung (Steuern, Emissionshandelssysteme) aufbauen. Inzwischen werden aber auch sektorale Ansätze z.B. im Stahlbereich geprüft. Zudem wird auch angeregt, Technologieentwicklung und -transfer oder Finanzierungen in umweltfreundlichen Investitionen und Energiesysteme gemeinsam im Klub zu organisieren.

Bundesregierung will Klimaclub-Idee forcieren

Die neue Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag die Klimaclub-Idee vorantreiben. Ein Klimaclub hätte für ein stark über den Handel mit dem Rest der Welt verflochtenes Land wie Deutschland den Vorteil, dass innerhalb des Clubs die handelshemmende Wirkung und der massive bürokratische Aufwand von CBAM und anderen Carbon Leakage Schutzmaßnahmen entfallen würden und zugleich der Druck auf Partner außerhalb des Clubs wächst, sich höhere Klima-Ambitionen zu setzen. Vor allem aber wären Europa und Deutschland nicht mehr alleine bei ihren ehrgeizigen Bemühungen im Klimaschutz.

Der Weg zu einem Klimaclub ist noch weit, denn derzeit verfügen nur wenige Staaten über die erforderlichen mit dem EU-ETS vergleichbaren CO₂-Bepreisungsmodelle, – so ist ein derartiges System z.B. auch für die Gesamt-USA nicht in Sicht. Zudem bleiben die Ambitionsniveaus anderer Staaten hinter denen der EU zurück.

Die Bundesregierung sollte ihre G7-Präsidentschaft dafür nutzen, die Idee des Klimaclubs auf dem G7-Gipfel im Sommer dieses Jahres voranzubringen.

Eckpunkte einer VCI-Position

Aus Sicht des VCI kann ein Klimaclub einen sinnvollen Beitrag zur internationalen Eindämmung des Klimawandels liefern, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- **Durch einen Klimaclub EU-Alleingänge vermeiden und internationale Ansätze forcieren**
EU-Alleingänge zu Klimaschutz und CBAM bergen mannigfache Risiken, die Chancen auf Durchsetzung der EU-Interessen sind gering. Die Nachteile ambitionierter Klimapolitik werden geringer und der Druck auf die Staatengemeinschaft größer, wenn die EU eng abgestimmt mit Partnern vorangeht. Ein Klimaclub kann hierzu ein zielführender Ansatz sein.
- **Klimaclubs brauchen eine ausreichende kritische Masse**
Der VCI spricht sich seit langem für koordinierten Klimaschutz im Rahmen der G20-Staaten aus. Diese Club-Größe scheint als Mindestgröße unerlässlich, um internationalen Klimaschutz ohne signifikante Carbon Leakage-Effekte in Richtung Nicht-Club-Mitgliedern wirkungsvoll voranbringen zu können. Die G7 kann bei der Konzipierung und Etablierung des Clubs eine intellektuelle und politische Vorreiterrolle einnehmen.

- ◆ **In einem Klimaclub brauchen die Mitglieder vergleichbare Ambitionsniveaus**
Um Carbon Leakage innerhalb eines Klimaclubs zu verhindern, sind vergleichbare Regelungen, die zu vergleichbaren Belastungsniveaus der Betroffenen innerhalb der Club-Mitglieder führen, unerlässlich. Dies muss sichergestellt und die entsprechende Berechnungsmethodik dafür in internationalen Foren entwickelt werden. Die Club-Mitglieder schaffen mit dem Club einen gemeinsamen internationalen Leitmarkt für grüne Produkte.
- ◆ **Der Klimaclub sollte nicht nur eine Preiskomponente enthalten, sondern Kooperationen fördern, um so einen großen grünen Leitmarkt zu schaffen**
Zu den Aufgaben des Klimaclub sollten Technologietransfer und Kooperationen bei F&E (Deutschland hat die Technologien und will sie exportieren), Energiepartnerschaften (Entwicklungs-/Schwellenländer haben die Ressourcen für EE und damit H2 etc.), Finanzierungs Kooperationen (auch für Schwellen-/Entwicklungsländer außerhalb des Clubs), und Standards für Nachhaltigkeitskriterien zählen.
- ◆ **Ein Klimaclub auf G7-Ebene sollte mit Grenzausgleich, ein Klimaclub auf G20-Ebene ohne Grenzausgleich gegründet werden**
Sollte nur ein kleiner Klimaclub auf G7 politisch möglich sein, so braucht er einen Grenzausgleich, um „free riding“ großer Chemieproduzentenländer zu verhindern und Anreize für den Beitritt zu schaffen. Ein Klimaclub auf G20-Ebene sollte hingegen keinen Grenzausgleich fordern, da die free riding Gefahr geringer ist und der Grenzausgleich nur Entwicklungsländer diskriminieren würde, die nach dem Pariser Abkommen geringere Klimaschutz-Verpflichtungen haben. Die Einführung eines Grenzausgleichs erfordert vorab das Vorliegen einer funktionsfähigen und unter den Mitgliedern abgestimmten Methodologie, die „Outsider“ müssen frühzeitig diplomatisch konsultiert werden.
- ◆ **Die Zeit der Diplomatie nutzen - Lösungen für Implementierungs-Probleme von Klimaclubs und CBAM entwickeln**
In der Zeit der Verhandlungen zu einem Klimaclub sollte die EU auf die einseitige Einführung von CBAM verzichten. Die EU sollte stattdessen Lösungsansätze für die vielen ungelösten praktischen Fragen entwickeln, abgabebasierte CO₂-Bepreisungsansätze entwickeln und methodische und technische Voraussetzungen für produktbezogene internationale Klimaschutzmaßnahmen schaffen – gemeinsam mit ihren internationalen Partnern.
- ◆ **Einen Klimaclub als Kooperationsplattform für WTO-Reformen im Bereich „Handel-und-Klimaschutz“ nutzen.**
Die Flankierung der industriellen Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss auf verschiedenen Ebenen in Einklang mit dem WTO-Recht gebracht werden, um nicht protektionistischen Tendenzen oder auch Carbon Leakage Vorschub zu leisten. Dieses Ziel wird bereits im Rahmen der strukturierten Diskussionen zu Handel und Nachhaltigkeit (TESSD) verfolgt. In einem Klimaclub sollte neben einigen zuvor genannten Aspekten u.a. auch Positionen zum Abbau von Subventionen für fossilen Energieträger, der Rahmen für zulässige transformationsfördernde Subventionen und handelspolitische Erleichterungen für Umweltgüter abgestimmt werden.
- ◆ **Durch einen Klimaclub darf es nicht zu einer erneuten Spaltung der Welt kommen**
Eine Spaltung der Welt in reiche Länder, die sich Klimaschutz leisten können, und arme Länder könnte für den Klimaschutz kontraproduktiv sein. Die in Paris vereinbarte gemeinsame Verantwortung für Klimaschutz auf Basis individueller NDCs darf nicht in Frage gestellt werden.

Ansprechpartner: Dr. Matthias Blum

Abteilung Wirtschaft, Finanzen und IT

Bereichsleiter Außenwirtschaft

T +49 69 2556-1415 | **M** +49 160 5395236 | **E** mblum@vci.de

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Mainzer Landstraße 55

60329 Frankfurt

www.vci.de | www.ihre-chemie.de | www.chemiehoch3.de

[LinkedIn](#) | [Twitter](#) | [YouTube](#) | [Facebook](#)

[Datenschutzhinweis](#) | [Compliance-Leitfaden](#) | [Transparenz](#)

Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40

Der VCI ist in der „öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ des Deutschen Bundestags registriert.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) vertritt die Interessen von rund 1.900 Unternehmen aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie und chemienaher Wirtschaftszweige gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2021 setzten die Mitgliedsunternehmen des VCI rund 220 Milliarden Euro um und beschäftigten über 530.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.